

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Heinz Kramer

**Die Türkei im EU-
Beitrittsprozess: Mehr
Krisen als Fortschritte**

**Diskussionspapier FG 2, 2007/ 07, Juni 2007
SWP Berlin**

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der For-
schungsgruppe, die nicht
als SWP-Papiere heraus-
gegeben werden. Dabei kann
es sich um Vorstudien zu
späteren SWP-Arbeiten
handeln oder um Arbeiten,
die woanders veröffentlicht
werden. Kritische Kommen-
tare sind den Autoren in
jedem Fall willkommen.

Inhalt

Die Überraschung von Helsinki 1999	3
Türkischer Widerstand gegen EU-Bedingungen	4
Der türkische Durchbruch im Sommer 2002	7
Die schwierige Entscheidung über den Beginn der Beitrittsverhandlungen	9
Krisenhafte Beitrittsverhandlungen mit ungewissem Ausgang	12
Kein Ausweg aus der Sackgasse	14
Literatur	16

Erscheint demnächst in: Muzaffer Dar-
tan/Hagen Lichtenberg (Hg.), Das Deutsch-
türkische Verhältnis – Auswirkungen auf
den Beitrittsprozess der Türkei zur EU, Bd. 2,
Bremen, Istanbul 2007

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union sind seit dem Abschluss des Assoziationsvertrages von 1963 durch einen ständigen Wechsel von Fort- und Rückschritten, von Hoffnung und Enttäuschung gekennzeichnet. (Kramer 1988, Bozkurt 1995, Arıkan 2003) Mehmet Uğur hat hierfür die mangelnde Glaubwürdigkeit des türkischen Engagements einerseits und die unterentwickelte Fähigkeit der EU, die Türkei zu den notwendigen Anpassungen zu veranlassen, andererseits als Ursachen identifiziert. (Uğur 1999)

Diese Problematik geht auf ein Grundcharakteristikum der Beziehungen zurück, das diese von Beginn an gekennzeichnet hat: Die Mehrzahl der EU-Mitglieder hat die Beziehungen zur Türkei nie als genuinen Teil des europäischen Integrationsprozesses angesehen. Die Türkei wurde immer als ein Partner Europas betrachtet, mit dem vor allem aus sicherheitspolitischen Interessen besondere Beziehungen zu unterhalten sind. (Krieger 2006; Hülse 2003) Obwohl dieses Interesse dazu führte, dass im Assoziationsvertrag von 1963 in Artikel 28 die Option eines späteren türkischen Beitritts zur damals noch EWG genannten europäischen Integrationsorganisation aufgenommen wurde, war die Türkei in der Sicht der großen Mehrheit der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten nicht in den europäischen Integrationsprozess eingeschlossen. (Yurdusev 2000; Müftüler-Baç 2000)

Dieser Umstand blieb in der Türkei nicht verborgen und hat dort wiederholt zu Irritationen geführt und auch dazu beigetragen, dass eine konsequent auf EU-Mitgliedschaft ausgerichtete Politik immer wieder in Frage gestellt bzw. nur halbherzig betrieben wurde. Selbst in Zeiten als über drei Viertel der türkischen Bevölkerung einen EU-Beitritt befürworteten, glaubte die Mehrheit von ihnen nicht, dass es jemals dazu kommen würde. Für viele Türken bleibt die EU ein christlicher Club, der nicht bereit ist, türkische Muslime als Mitglieder zu akzeptieren.

Desweiteren wurde und wird die Beziehung mit dem griechisch-türkischen Konflikt und der damit verbundenen Zypernfrage von einem intervenierenden Faktor beeinflusst, dessen Dynamik nur begrenzt von Ankara und der EU gesteuert werden kann. Zwar haben beide Seiten immer wieder mal erklärt, dass dieser Faktor keinen Einfluss auf die EU-Türkei-Beziehungen haben würde oder dürfe, doch war er seit Beginn der Assoziation präsent und hat seitdem in der Regel das Verhältnis belastet und nicht gefördert. (Brewin 2000; Tocci 2005)

Diese wesentlichen Einflussfaktoren sind auch im seit 1999 laufenden türkischen Beitrittsprozess wirksam, wie der folgende kursorische Blick auf einige wichtige Stationen dieses Prozesses zeigt.

Die Überraschung von Helsinki 1999

Vor dem erwähnten Hintergrund mag es ziemlich überraschend gewirkt haben, dass die EU auf dem Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 der Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannte und damit das Tor zu einer späteren Mitgliedschaft des Landes so weit wie nie zuvor öffnete. Binnen zwei Jahren, vom Dezember 1997 bis zum Dezember 1999, hatte sich das türkisch-europäische Verhältnis vom absoluten Tiefpunkt zu einem hoffnungsfrohen Neubeginn gewandelt.

Die Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg am 13./14. Dezember 1997, die Türkei nicht mit den anderen elf Beitrittskandidaten auf eine Stufe zu stellen, sondern ihr einen gesonderten Weg zur Mitgliedschaft zu weisen, hatte die Regierung von Ministerpräsident Mesut Yılmaz veranlasst, mit Ausnahme der Zollunion alle Beziehungen zur EU abzubrechen und die Europapolitik der Türkei ausschließlich auf den bilateralen Rahmen mit den einzelnen Mitgliedstaaten zu beschränken. (Kramer 2000; Eralp 2000) Die Türkei fühlte sich von der Union zutiefst diskriminiert, die mit zehn ehemaligen kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas einen Beitrittsprozess begann, in dem sie mit fünf von ihnen unmittelbar in Verhandlungen eintrat. Noch schlimmer war in türkischer Sicht, dass auch mit Zypern Beitrittsverhandlungen eröffnet wurden. Dies wurde als eklatante Missachtung der Interessen der Zyperntürken angesehen, die sich mit türkischer Unterstützung seit Jahren gegen die EU-Kandidatur der Regierung der Republik Zypern gewehrt hatten. (Brewin 2000:16-89)

Erst der deutsche Regierungswechsel, die unter amerikanischer Mithilfe zustande gekommene vorsichtige Annäherung zwischen Athen und Ankara, die parallel dazu unter dem Druck der G-8 initiierte neue Runde von indirekten Gesprächen der beiden zyprischen Führer und eine Naturkatastrophe im Herbst 1999 waren notwendig, um die Wende von Helsinki zu ermöglichen. (Öniş 2000; Park 2000)

Die im Oktober 1998 ins Amt gewählte Rot-Grüne Koalitionsregierung ließ relativ rasch erkennen, dass sie die Türkeipolitik ihrer Vorgängerin in einem wichtigen Punkt nicht weiter verfolgen wollte: Die Abson-

derung der Türkei von den anderen Beitrittskandidaten aus vorwiegend religiös-kulturellen Motiven sollte beendet werden. Festgehalten wurde jedoch an dem Grundsatz, dass für die Türkei dieselben Bedingungen wie für alle anderen Kandidaten gelten müssten: die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. (Europäischer Rat 1993) Außerdem gab es in Berlin ein gewisses Interesse, der amerikanischen Administration zu zeigen, dass die neue „linke“ Regierung im atlantischen Verhältnis kein Störenfried sein wollte. (Volmer 2000; Kramer 2004a)

Seit Anfang 1999 unternahm daher die Regierung Schröder/Fischer erhebliche Anstrengungen, ihre EU-Partner von der Notwendigkeit einer grundlegenden Revision des Luxemburger Beschlusses zu überzeugen. Unterstützung erfuhr sie dabei von der türkischen Regierung durch ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Bundeskanzler im Mai. In diesem Brief machte Ecevit deutlich, dass die Türkei sich der für einen Beitritt notwendigen Bedingungen bewusst sei und entsprechende Reformen durchführen werde. Doch konnte Deutschland während seiner EU-Präsidentschaft auf dem Europäischen Rat von Köln im Juni 1999 noch keinen Durchbruch erzielen. In Athen kam es zu einem ähnlich dramatischen Schwenk im Verhältnis zum türkischen Nachbarn. Nachdem Außenminister Pangalos im Frühjahr 1999 über die „Affäre Öcalan“ zum Rücktritt gezwungen wurde, als herauskam, dass der PKK-Führer vor seiner Festnahme durch ein türkisches Einsatzkommando sich nicht nur einige Zeit in der griechischen Botschaft in Nairobi aufgehalten, sondern auch über Griechenland dorthin gereist war, leitete sein Nachfolger Georgios Papandreou eine vorsichtige Politik der Annäherung an Ankara ein. Hierbei fand er besonders den Rückhalt seines Ministerpräsidenten Costas Simitis. (Axt 2000)

Beide waren überzeugt, dass eine fest in die europäischen Strukturen eingebundene Türkei langfristig besser den griechischen Interessen entspricht als ein sich eher von Europa abwendender Nachbar. Im Frühsommer 1999 wurden hochrangige Expertengruppen eingerichtet, die Abkommen über konkrete Kooperationsmaßnahmen in nicht-strittigen Bereichen ausarbeiteten. Als sich dann die griechische Bevölkerung beim schweren Erdbeben im Marmaragebiet vom August 1999 uneingeschränkt hilfsbereit zeigte, kippte in der Türkei die öffentliche Meinung zugunsten Griechenlands. Politische Strategie und öffentliches Klima waren also günstig für griechisches Entgegen-

kommen in der Beitrittsfrage, so lange es nicht zur Preisgabe vitaler griechischer Interessen kam. Doch gestaltete sich das EU-interne Ringen um den türkischen Kandidatenstatus auch unter der finnischen Präsidentschaft weiter schwierig und nahm kurz vor dem Europäischen Rat von Helsinki dramatische Züge an. Es ging vor allem darum, Formulierungen zu finden, die sowohl den griechischen als auch den türkischen Interessen entsprachen. Griechenland wollte erreichen, dass die bilateralen Probleme zum festen Bestandteil des türkischen Beitrittsprozesses würden, während Ankara seine traditionelle Position durchsetzen wollte, dass die bilateralen Fragen aus dem Türkei-EU-Kontext ausgeklammert werden sollten.

Die schließlich unter den Fünfzehn ausgehandelte Formulierung (Europäischer Rat 1999) traf bei der türkischen Regierung zunächst auf erhebliche Bedenken, die das EU-Angebot zurückweisen wollte. Dies konnte nur durch eine Blitzreise von Kommissionsmitglied Verheugen und des neuen Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, während des EU-Gipfels in die türkische Hauptstadt verhindert werden. Die EU-Abgesandten überzeugten Ministerpräsident Ecevit und seine Berater davon, dass die Formeln für die bilateralen griechisch-türkischen Fragen wie jene hinsichtlich Zyperns keine formalen Vorbedingungen für den Beitritt wie etwa die Kopenhagener Kriterien bedeuteten. Dies wurde auch in einem Schreiben betont, das der amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates, Finnlands Ministerpräsident Lipponen, an Ecevit schickte. (Türkeş 2007: 163-165)

Türkischer Widerstand gegen EU-Bedingungen

Die weitere Entwicklung des Beitrittsprozesses zeigte jedoch, dass der Lipponen-Brief eher eine rhetorische Beschwichtigung in einer kritischen Situation war als eine realistische und auf Dauer durchzuhaltende politische Linie. Daneben wurde auch recht schnell deutlich, wie wenig die Türkei und ihre politische Führung auf den so lange herbei gewünschten Status des EU-Beitrittskandidaten vorbereitet waren.

Die seit dem Frühjahr 1999 amtierende türkische Dreierkoalition aus der links-nationalen DSP von Ministerpräsident Ecevit, der bürgerlich-liberalen Anap von Mesut Yılmaz und der rechts-nationalistischen MHP von Devlet Bahçeli zeigte wenig Neigung, die für

die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen notwendigen innenpolitischen Reformen in Angriff zu nehmen, noch war sie bereit, in der Zypernfrage die etablierte türkische Politik zu überdenken. Dies wurde Ende 2000 in dem teilweise absurde Züge annehmenden Streit um den Text der Beitrittspartnerschaft deutlich. Das ist jenes Dokument, in dem die EU im Rahmen der Heranführungsstrategie für den jeweiligen Beitrittskandidaten festlegt, welche konkreten politischen Schritte zu machen sind, damit Verhandlungen beginnen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können. Als die Kommission ihren Entwurf Anfang November 2000 vorlegte und dort unter der Rubrik „Kurzfristige Prioritäten“ , d.h. Aufgaben, die die Türkei nach Möglichkeit im Jahre 2001 zu erfüllen hätte, unter den „politischen Kriterien“ als letzten Punkt anführte: „Support strongly in the context of the political dialogue the UN Secretary General's efforts to bring the process of finding a comprehensive settlement of the Cyprus problem to a successful conclusion,“ (EU-Kommission 2000) brach in der Türkei ein Sturm politischer Enttäuschung los. Die Regierung und die türkischen Medien erweckten den Eindruck als ob die EU eine Lösung des Problems bis Ende 2001 gefordert hätte. (Manisalı 2000) Ankara erklärte, unter diesen Bedingungen den Text nicht akzeptieren zu können.

In Brüssel und Paris, dem Sitz der amtierenden französischen EU-Präsidentschaft, sowie zwischen verschiedenen Hauptstädten der EU setzten hektische diplomatische Bemühungen ein, bis zur entscheidenden Sitzung des EU-Ministerrates Anfang Dezember einen für alle Seiten akzeptablen Text zu finden. Es war klar, dass der Mitte Dezember bevorstehende Europäische Rat von Nizza, auf dem die Weichenstellungen für die Reform der EU in Vorbereitung der ersten Beitritte mittel- und osteuropäischer Kandidaten getroffen werden sollten, nicht mit dieser Frage belastet werden konnte. Das hätte eine Vertagung des Problems in die folgende schwedische Präsidentschaft bedeutet. Es gelang den Franzosen schließlich einen Kompromiss zu formulieren, dem Ankara zustimmte. Nunmehr hieß es im Abschnitt über „Prioritäten und mittelfristige Ziele“ im Teil der „kurzfristigen“ Aufgaben unter der Überschrift „Verstärkter politischer Dialog und politische Kriterien“ an erster Stelle: „In accordance with the Helsinki conclusions, in the context of the political dialogue strongly support the UN Secretary General's efforts to bring to a successful conclusion the process of finding a comprehensive settlement of the Cyprus problem, as referred to in

point 9 (a) of the Helsinki conclusions.“ Nur einem langjährig geschulten Diplomaten wird sich der substantielle Unterschied zu der ursprünglich von der Kommission vorgeschlagenen Formulierung erschließen. (Birand 2000)

Eine vergleichbare Renitenz legte Ankara bei der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen an den Tag, von der die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen abhängig war. (Europäischer Rat 1999: Ziffer 12) Dieses Element des türkischen Beitrittsprozesses fand im Lande ein lebhaftes, aber unterschiedliches Echo. Zwar empfand auch die Mehrheit der Türken, einschließlich der Politiker, den Zustand der Demokratie als unbefriedigend. Über die konkret zu ergreifenden Maßnahmen zur Behebung dieses Mankos bestanden jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Das galt insbesondere hinsichtlich der Reichweite, des Tempos und der Intensität der notwendigen Reformen.

So forderten Gruppen der Zivilgesellschaft die Abkehr von der Verfassung von 1982, die unter starkem Einfluss der damaligen Militärherrscher zustande gekommen war. Sie plädierten für die Verabschiedung einer neuen, „zivilen Verfassung“, in der der Staat nicht mehr der Gesellschaft vorgeordnet ist, sondern eine klar dienende Funktion für die Bürger erhält. Die etablierten politischen Parteien standen so weit reichenden Forderungen relativ zurückhaltend gegenüber. Sie wollen vielmehr durch gezielte Reformen in einzelnen Bereichen wie zum Beispiel dem Strafrecht, der Verfassung, dem Parteiengesetz oder dem Vereinigungs- und Versammlungsrecht die türkische Demokratie verbessern, ohne jedoch an die Grundlagen des Systems zu gehen.

Aber auch bei den verschiedenen Gesetzesreformen, wie der Abschaffung der Todesstrafe, der Abmilderung oder Beseitigung des Gesinnungsstrafrechts oder der Erschwerung des Parteiverbotes, kam es nicht zu Fortschritten, weil machttaktische Kalküle der verschiedenen Parteien eine blockierende Funktion entfalteten. Hier wirkten sich die Zersplitterung der türkischen Parteienlandschaft und die katastrophale Erosion der politischen Mitte seit Anfang der 90er Jahre außerordentlich negativ aus. Regierungskoalitionen waren in der Regel ohne die Beteiligung rechtsnationaler oder religiöser Parteien kaum noch möglich. (Özbudun 2000)

Insbesondere die nationalistischen Kräfte auf der Rechten und Linken erschwerten den Reformprozess. Für sie hat ein starker türkischer Staat und eine große türkische Nation eindeutig Vorrang vor einer Stär-

kung der politischen und gesellschaftlichen Stellung des einzelnen Bürgers. Politische Reformen, wie sie für die Erfüllung der liberal-demokratischen politischen Kriterien von Kopenhagen notwendig sind, bergen in ihren Augen die Gefahr der Schwächung und Spaltung der Türkei.

Politischen Rückhalt fanden und finden diese Parteien in den Kreisen der klassischen kemalistischen Gruppierungen im Staatsapparat. Auch die kemalistische Gründungsideologie der modernen, westlichen Türkei sieht letztlich die in der türkischen Nation verkörperte Gemeinschaft und den Staat als organisatorischen Ausdruck dieser Gemeinschaft als dem Individuum vorrangig an. Weite Teile der Staatsbürokratie und die Militärführung in ihrer Rolle als „Hüter des Kemalismus“ stehen deshalb der Idee einer offenen Gesellschaft mit liberal-demokratischen Prozessen zurückhaltend gegenüber und ziehen das Modell der von oben gesteuerten Demokratie vor. (Kramer 2004b; Tepe 2000)

Sie geraten damit in ein offenes Dilemma wegen ihrer gleichzeitigen nachdrücklichen Unterstützung eines türkischen EU-Beitritts: Wieviel Veränderung kann man im Interesse der Mitgliedschaft akzeptieren, ohne wesentliche Grundlagen der Republik preiszugeben? Ist es möglich der Union beizutreten und das bisherige türkische Modell der politischen und gesellschaftlichen Modernisierung von oben beizubehalten? Auf diese Fragen haben die zivilen Gralshüter des Kemalismus und die Militärführung bis jetzt keine Antwort gefunden. Instinktiv tendieren sie zur Risikominimierung und zur defensiven Sicherung des Erreichten. Dabei mag auch eine Rolle spielen, dass jede der für einen EU-Beitritt notwendigen Veränderungen auch eine erhebliche Schwächung der politischen Machtposition und des gesellschaftlichen Status dieser Gruppen mit sich bringen würde.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Grunddispositionen musste das Dokument der Beitrittspartner-schaft für die Politiker und weite Teile der Medien nicht nur wegen der darin enthaltenen Passagen zu Zypern und zum griechisch-türkischen Verhältnis sondern auch wegen der konkreten Forderungen hinsichtlich der Verwirklichung der politischen Kriterien von Kopenhagen Missbehagen bis Ablehnung hervorrufen. Das galt besonders für die Forderungen nach Gewährleistung des Rechts auf Meinungsfreiheit, der Verbesserung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Abschaffung der Todesstrafe, der Bekämpfung von Folter, der Ermöglichung von Rundfunk- und Fernsehsendungen in anderen Sprachen als Türkisch

und generell der Verbesserung der Lage in den südöstlichen Kurdengebieten sowie einer Beschneidung der politischen Rolle der Militärführung über den Nationalen Sicherheitsrat. Überwölbt wurden diese Einzel-punkte durch die Forderung der EU, die Verhältnisse in der Türkei ganz generell mit den Vorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen. (Amtsblatt der EU 2001)

Diese Forderungen berührten wesentliche Elemente des Selbstverständnisses der modernen Republik Türkei. Insbesondere die Forderung nach der Anerkennung der kulturellen Vielfalt der türkischen Gesellschaft, verbunden mit der Ermöglichung nicht-türkischer Fernseh- und Rundfunkprogramme und der Öffnung des Erziehungswesens, traf auf deutlichen Widerstand der Nationalisten und der Militärführung. Für sie waren und sind das ein Angriff auf den nationalen Zusammenhalt und die territoriale Unversehrtheit der Türkei.

Dies wurde bereits in einer „Informationsnote“ des Generalstabs über die Lage der inneren Sicherheit im Dezember 2000 klar gesagt, in der der Forderung nach kulturellen Rechten für die Kurden eine Absage erteilt wurde. Darüber hinaus wurde der EU vorgeworfen, durch die Übernahme der PKK-Forderung nach kurdischen Medienprogrammen und kurdischem Sprachunterricht die Terrororganisation zu ermuntern und so den Kampf des türkischen Staates gegen den separatistischen Terror zu erschweren. (Briefing 2000)

Die Mitteilung des Generalstabs kam unmittelbar bevor Ministerpräsident Ecevit erstmalig als Vertreter der Türkei zum Treffen des Europäischen Rates von Nizza geladen war, um zusammen mit den Vertretern der anderen Beitrittskandidaten an der sog. Europäischen Konferenz teilzunehmen und war ganz offensichtlich nicht mit der Regierung abgestimmt. Sie unterstrich wieder einmal den Anspruch der Militärführung, als eigenständiger Akteur in der türkischen Innen- und Sicherheitspolitik aufzutreten. Außerdem war sie ein klarer Hinweis darauf, dass das Militär sich diese Rolle auch von der EU nicht beschneiden lassen wollte.

Die machtvolle Bremserfunktion des Generalstabs und seiner Unterstützer im politischen und gesellschaftlichen nationalistischen Lager zeigte sich dann deutlich im Nationalen Programm für die Anpassung an den Gemeinschaftlichen Besitzstand vom 19. März 2001. (EU National Programme 2001) Für alle sensitiven Punkte gab es nur halbherzige und unzureichende Absichtserklärungen, die die Erwartungen sowohl der EU als auch der europäisch orientierten Kreise der

türkischen Öffentlichkeit enttäuschten. (Kramer 2001) So liess der für Erweiterungsfragen zuständige EU-Kommissar Verheugen am 26. März nach einem Treffen mit Außenminister Cem erklären, dass "further efforts will be required in areas such as the abolition of the death penalty and ensuring cultural rights for all citizens irrespective of their origin." (Representation of the European Commission to Turkey 2001)

Der türkische Durchbruch im Sommer 2002

Dieses Widerstreben der Türkei, sich den durch den Kandidatenstatus geschaffenen Notwendigkeiten uneingeschränkt zu stellen, schien jene Kräfte in der EU zu bestätigen, die den Beschluss vom Dezember 1999 vor allem aus politischen und sicherheitspolitischen Erwägungen befürwortet hatten, einem Beitritt selbst aber eher reserviert gegenüber standen. Sie waren der Ansicht, dass der Weg der Türkei bis zum Beginn von Beitrittsverhandlungen noch lang sein würde, da die inneren Widerstände im Lande gegen die dafür unumgänglichen Reformen nur schwer zu überwinden sein dürften.

Zwar kam es im Herbst 2001 zu einer vorsichtigen Reform der Verfassung mit der Abmilderung von mehreren das politische Leben stark einschränkenden Artikeln und zu einer grundlegenden Reform des türkischen Zivilrechts, mit der vor allem die Rechte der Frauen europäischen Standards angepasst wurden, doch in den sensitiven politischen Fragen (Abschaffung der Todesstrafe, Verbesserung der Lage der Kurden durch die Gewährung kultureller Rechte und Einschränkung der Rolle des Militärs) dauerte die innere Blockade der Dreierkoalition an, in der nur Yılmaz' Mutterlandspartei uneingeschränkt für die EU-Reformen eintrat.

Auch die zwei Reformpakete vom 6. Februar und 26. März 2002 brachten im wesentlichen nur eine Anpassung von Gesetzen an die geänderte Verfassung, veranlassten den als stellvertretenden Ministerpräsidenten für den EU-Beitrittsprozess zuständigen Yılmaz aber, die EU zur Nennung eines Datums für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu drängen. Allerdings war die Brüsseler Reaktion hierauf relativ kühl. Es bedurfte erst einer Partei- und Regierungskrise im Sommer 2002, die zum Ende der Koalition und zu vorgezogenen Neuwahlen führte, damit Bewegung in den Beitrittsprozess kam.

Eine schwere Erkrankung von Ministerpräsident Ecevit im Mai 2002 löste in der DSP eine Krise aus, die

Anfang Juli zum Parteiaustritt von sieben wichtigen Ministern und über 50 weiteren Abgeordneten führte, die gemeinsam die Neue Türkei-Partei (YTP) gründeten. Daraufhin erzwang Bahçelis MHP vorgezogene Neuwahlen, um mit einem klar nationalistisch und anti-EU orientierten Programm ihre Position im rechten politischen Spektrum der Türkei zu festigen, was bei ca. 30 Prozent EU-Gegnern in der Bevölkerung nicht von vornherein aussichtslos war. (Kramer 2002a) In dieser Situation traten Yılmaz und die vom zurückgetretenen Außenminister İsmail Cem geführte YTP die Flucht nach vorn an und unterbreiteten dem vor der Auflösung stehenden Parlament ein seit Wochen in der Koalition wegen des internen Streits auf Eis liegendes weit reichendes politisches Reformpaket zur Erfüllung der EU-Forderungen. Diesem schlossen sich aus eher wahltaktischen Überlegungen in einer von den Medien um die Gründung der YTP entfachten Reform euphorie die anderen Parteien der rechten Mitte ebenso an wie weite Teile der bei Ecevit verbliebenen DSP-Abgeordneten. So kam es in den frühen Morgenstunden des 3. August 2002 in der Nationalversammlung zu einem entscheidenden Durchbruch in der türkischen EU-Beitritts politik. (Kramer 2002b) Das vom Parlament mit deutlicher Mehrheit verabschiedete Reformpaket sah die endgültige Abschaffung der Todesstrafe ebenso vor wie die Einführung von Rundfunk- und Fernsehsendungen „in verschiedenen Sprachen und Dialekten, die traditionell von türkischen Bürgern im Alltag benutzt werden.“ Desgleichen sollten in privaten Lehrinrichtungen auch Kurse in diesen „Sprachen und Dialekten“ möglich sein. Damit wurde faktisch der Gebrauch des Kurdischen jenseits des Alltagslebens legalisiert. Mit diesen Beschlüssen wurde zum einen das Todesurteil gegen den 1999 verhafteten PKK-Chef und „Staatsfeind Nr. 1“ Abdullah Öcalan in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt und zum anderen wurde erstmals offiziell am bis dahin für unantastbar gehaltenen Prinzip der Einheit der türkischen Nation gekratzt. Außerdem sah das Reformpaket weitere Lockerungen im Bereich der Meinungsfreiheit und beim Vereins- und Stiftungsrecht vor.

In EU-Kreisen noch bestehende Zweifel, ob und wie weit die Reformen angesichts des ungebrochenen Widerstandes der kemalistischen Staatselite und der nationalistischen Kreise um die MHP auch tatsächlich zu Veränderungen der staatlichen und politischen Praxis in der Türkei führen würden, wurden dann am 3. November 2002 mit dem überragenden Wahlsieg der konservativ-islamischen Gerechtigkeits- und Ent-

wicklungspartei (AKP) des früheren Istanbuler Oberbürgermeisters Recep Tayyip Erdoğan erheblich eingeschränkt. Die Partei hatte ihren Wahlkampf im politischen Bereich ganz im Zeichen der EU-Orientierung geführt und in wirtschaftlicher Hinsicht ein Festhalten am IWF-gestützten Reformprogramm des früheren Wirtschaftsministers Kemal Derviş zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise von 2001 angekündigt. Beide Leitlinien versprachen eine Entwicklung der Türkei im Sinne der für den EU-Beitritt gegebenen Notwendigkeiten. (Kramer/Goltz 2002; Seufert 2002) Erdogans Versuche und die seines „Statthalter-Ministerpräsidenten“ Abdullah Gül, den von vielen in der EU mit dem Wahlsieg der AKP wahrgenommenen „Neuanfang“ in der Türkei dafür zu nutzen, von den EU-Mitgliedern auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zu erhalten, schlugen jedoch fehl. Für die Mehrzahl der EU-Mitglieder wiesen die Reformmassnahmen vom 3. August zwar in die richtige Richtung, doch wollten sie konkrete Wirkungen sehen, bevor über den Beginn der Verhandlungen entschieden werden sollte. Das war vor allem die Meinung der dänischen EU-Präsidentschaft, die darin auch vom zuständigen Kommissionsmitglied Verheugen unterstützt wurde.

Hinzu kam, dass angesichts einer möglichen Entscheidung über Beitrittsverhandlungen der Chor türkischer Stimmen in der EU-Öffentlichkeit, vor allem in Deutschland und Frankreich, deutlich anschwellte und das Thema zunehmend auch innenpolitische Relevanz bekam. Als sich dann auch noch abzeichnete, dass der vom VN-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegte Plan zur Regelung des Zypernproblems am Widerstand des türkisch-zyprischen Präsidenten Rauf Denktas scheitern würde und auch die Kontroverse mit der Türkei über die Unterstützung der NATO für die ESVP („Berlin plus“- Vereinbarungen) andauern würde, setzte sich die von Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder Anfang Dezember 2002 vorgezeichnete Linie durch, erst im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichtes der Europäischen Kommission über den Beginn von Beitrittsverhandlungen zu entscheiden. Sollte der Bericht positiv ausfallen, sollten die Verhandlungen „unverzüglich“ beginnen. (Ludlow 2004: 249-268; 310-313)

Erdogán zeigte sich nur kurz enttäuscht und beschloss, künftig verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die Herausforderung für 2004 zu bestehen. In der Folgezeit erhöhte seine Regierung das Reformtempo spürbar. In rascher Folge wurden bis zum

Herbst 2004 fünf weitere „Anpassungspakete“ mit zahlreichen bedeutenden Gesetzesreformen sowie eine grundlegende Überholung des türkischen Strafrechts vom Parlament verabschiedet. Vor allem änderte sich die türkische Rhetorik im Umgang mit der EU: Nun wurde von seiten der Regierung nicht länger beklagt, dass die Union die kemalistische Republik in ihren Grundfesten erschüttern wollte, sondern eine uneingeschränkte Bereitschaft zur Durchführung der notwendigen Reformen signalisiert. Das galt auch für sensiblere Themen wie den Kampf gegen Folter, die Behandlung nicht-muslimischer Minderheiten oder die Beseitigung der gerade im politischen Strafrecht unrühmlich hervorgetretenen Staatssicherheitsgerichte. Selbst vor dem Militär machte die AKP nicht halt und setzte eine grundlegende „Zivilisierung“ des Nationalen Sicherheitsrates durch. Seit August 2004 steht an der Spitze seines Generalsekretariats mit Botschafter Alpogán erstmals kein Viersternegeneral. (Kramer 2004)

Ausserdem verstand es die AKP-Führung, durchaus berechtigte Kritik an der mangelhaften Umsetzung der Reformen und deren begrenzter Wirkung im politischen Alltag der Türkei durch eine Rhetorik des verständnisvollen Eingehens und ständiger Versicherung von verstärkten Anstrengungen zur Beseitigung der Defizite zu entschärfen. Sie wurde darin von zahlreichen Stimmen aus der türkischen Zivilgesellschaft unterstützt, die die immensen Demokratisierungs- und Liberalisierungsfortschritte unter der AKP-Regierung im Vergleich zu deren kemalistischen Vorgängern der letzten zehn Jahre hervorhoben. Die kritischen Stimmen aus Kreisen türkischer Menschenrechtsorganisationen und aus kurdischen Kreisen, die auf nach wie vor gegebene schwere Defizite bei der Meinungsfreiheit, bei der Stellung der Frauen oder hinsichtlich des Kurdenproblems hinwiesen (Gürbey 2004), fanden in der EU weniger öffentliches Gehör als die Klagen der Vertreter christlicher Kirchen und Gemeinden über die anhaltende Benachteiligung nicht-muslimischer Minderheiten.

Einen weiteren positiven Akzent konnte die Regierung Erdoğan in der Zypernfrage setzen. Geschickt nutzte der türkische Ministerpräsident den 2003 einsetzenden Stimmungswandel unter den türkischen Zypriern, die sich zunehmend unzufrieden mit der Blockadepolitik ihrer politischen Führung unter Rauf Denktas zeigten. Nach dem mit einer klaren Anti-Denktas-Programmatik errungenen Wahlsieg von Mehmet Ali Talat bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 konnte Erdoğan das staatliche Establishment der Tür-

kei von einem Wechsel der türkischen Zypernpolitik überzeugen. Er unterstützte ab Anfang 2004, mit zurückhaltender Billigung der Militärführung und gegen den Widerstand national-kemalistischer Kreise und Parteien, die Bemühungen des VN-Generalsekretärs, auf der Grundlage des überarbeiteten Planes vom Herbst 2002 (Annanplan) eine Regelung auf der Insel herbeizuführen. (vgl. mit durchaus konträren Einschätzungen: Hannay 2005; Palley 2005) Dieser Prozess kulminierte in einem Vierertreffen der Regierungschefs beider Teile Zyperns und Griechenlands und der Türkei im Schweizer Wintersportressort Bürgenstock im März 2004, auf dem die türkische Seite am 31. März 2004 der letztmalig überarbeiteten Version des Annanplans zustimmte, während die griechische Seite sich nicht äußerte. Doch scheiterten Erdoğan's Bemühungen, den „Stolperstein Zypern“ endgültig aus dem Weg des türkischen Beitrittsprozesses zu räumen, als am 24. April 2004 in einem getrennten Referendum in beiden Teilen der Insel die griechischen Zyprioten den Plan mit einer Dreiviertelmehrheit ablehnten, während ihm zwei Drittel der türkischen Zyprioten zustimmte. (Wendt 2006: 129-200) Allerdings konnte Erdoğan den moralischen Sieg für sich verbuchen, und die EU-Staaten taten sich fortan schwer, das ungelöste Zypernproblem als Hindernisgrund für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ins Spiel zu bringen. Da jedoch am 1. Mai 2004, wie seinerzeit in Kopenhagen im Dezember 2002 ebenfalls beschlossen, die geteilte Insel im Zuge der sog. Osterweiterung um zehn Staaten der EU als neues Mitglied beitrug, blieb das Problem in nunmehr veränderter Qualität als ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Verhältnis EU-Türkei bestehen. (Giegerich 2006) Das sollte sich im Zuge des Ringens um die Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen im Herbst 2004 in aller Deutlichkeit zeigen.

Die schwierige Entscheidung über den Beginn der Beitrittsverhandlungen

Die entschiedene Politik der AKP-Regierung zur Erfüllung der EU-Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erhöhte den Druck auf die Brüsseler Institutionen, den Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2002 umzusetzen. Am 17. Dezember 2004 entschied der Europäische Rat (ER) dann, dass am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen

mit der Türkei eröffnet werden sollten. (Rat der Europäischen Union 2004)

Diesem Beschluss war eine in der bisherigen Erweiterungsgeschichte der EU nicht gekannte öffentliche Diskussion vorausgegangen, in der sich Gegner und Befürworter eines türkischen EU-Beitritts gegenüberstanden. Grundlage der Entscheidung des Europäischen Rates waren ein Bericht und eine Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Oktober 2004. (Europäische Kommission 2004a und 2004b) Darin gelangte sie zum Schluss, dass die Türkei die von der EU gestellten Bedingungen für die Eröffnung der Verhandlungen in einem ausreichenden Maß erfüllt hätte und empfahl den Beginn von Verhandlungen.

Sie verband diese Empfehlungen jedoch mit einer Reihe weiter führender Überlegungen und Bedingungen für die Durchführung der Verhandlungen, die in dieser Form von der Kommission vorher noch nie mit Blick auf Beitrittsverhandlungen formuliert worden waren. Dazu gehörten u.a. der Hinweis, dass das Ergebnis der Verhandlungen nicht im Vorhinein feststehe, sowie der Vorbehalt, dass die EU in sensiblen Bereichen wie der Freizügigkeit dauerhafte Schutzklauseln vorsehen könne. Außerdem wurde indirekt klar gestellt, dass die Verhandlungen nicht vor 2013 zu Ende gehen könnten, da über die finanziellen Folgen eines türkischen Beitritts erst im Rahmen der ab 2014 gültigen mittelfristigen Finanzvorschau entschieden werden sollte. Ferner sollte das Monitoring der Umsetzung des Besitzstandes während des Beitrittsprozesses verstärkt werden; Beitrittskapitel sollten erst nach der Erfüllung von inhaltlich definierten benchmarks eröffnet werden können. Besonders betont wurde die Voraussetzung, dass die EU selbst für den Beitritt der Türkei so vorbereitet sein müsse, dass von ihm keine negativen Folgen für die Funktionsfähigkeit der Union ausgehen könnten. Schließlich sollten die Verhandlungen bei schwerwiegenden türkischen Verstößen gegen die Wertegrundlagen der EU ausgesetzt werden können. (Kramer/Krauß 2004)

Diese neuen strategischen Überlegungen der Kommission für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei waren die Folge der kontroversen öffentlichen Diskussion in mehreren EU-Staaten und kommissionsinterner Debatten, die dem Bericht vorausgingen. Dabei ging es weniger um die Frage, ob und wie weit die Türkei gemäß den Regeln der EU-Konditionalitätspolitik die an sie gestellten Bedingungen erfüllt hätte, sondern fast ausschließlich um Fragen der EU-Identität, der langfristigen integrationspolitischen Ziele und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Union angesichts

der von einem türkischen Beitritt erwarteten Belastungen. Für die Beitrittsgegner war die Türkei letztlich zu groß, zu arm und zu fremd (muslimisch), um erfolgreich in die EU integriert werden zu können. Die Befürworter hingegen sahen zwar auch, allerdings überwindbare, politische und wirtschaftlich-soziale Probleme, doch stand für sie die strategische Bedeutung der Türkei in zahlreichen für die EU vitalen sicherheitspolitischen Zusammenhängen im Vordergrund, verbunden mit dem Argument, dass die Union zu ihren seit langem gegenüber Ankara eingegangenen Verpflichtungen stehen müsse. (Giannakopoulos/Maras 2005; Gerhards 2005; Schmidt 2004)

Ein wichtiger Auslöser dieser Debatten war eine Erklärung des damaligen Vorsitzenden des Konvents über die Zukunft Europas (Verfassungskonvent) und früheren französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing vom November 2002, dass eine EU-Mitgliedschaft der Türkei "das Ende der Europäischen Union" bedeute. (Le Monde 9.11.2002) Diese Bedenken werden in der einen oder anderen Weise von der Mehrheit der Bevölkerung der Mitgliedstaaten geteilt, die in verschiedenen Umfragen der letzten Jahre sich stets gegen einen türkischen Beitritt ausgesprochen hat. (Ruiz-Jiménez/Torreblanca 2007)

Besonders hohe Wellen schlug die Debatte in Deutschland und Frankreich. (Leggewie 2004; Bayart 2004, Bourlanges 2004) Die christdemokratische Opposition brachte mit dem Konzept der "privilegierten Partnerschaft" eine von ihr bevorzugte Alternative zum Beitritt ins Gespräch und trat dafür ein, in den Verhandlungen offen über beide Möglichkeiten zu reden. (zu Guttenberg 2004) Sie stieß damit allerdings auf den entschiedenen Unwillen der deutschen und der türkischen Regierung.

Das Alternativkonzept der CDU/CSU wurde von der französischen Regierungspartei Union pour un Mouvement Populaire (UMP) aufgegriffen, die sich damit gegen den Parteichef und Staatspräsidenten Jacques Chirac stellte. Insbesondere Innenminister Nicolas Sarkozy nutzte das Türkeithema, um sich gegen den Präsidenten politisch zu profilieren und als möglicher Kandidat für den Präsidentschaftswahlkampf im Jahre 2007 in Stellung zu bringen. Doch auch Ministerpräsident Raffarin war im Lager der Beitrittsgegner zu finden. (Wagner 2004)

Deutliche Abneigung wurde auch in Österreich artikuliert, wobei sich Widerstand gegen eine türkische Mitgliedschaft in allen Parteien, mit Ausnahme der Grünen, zeigte. Doch konnte und wollte sich die Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und FPÖ

trotz der mehrheitlichen Gegnerschaft in ihren Reihen nicht auf ein eindeutig ablehnendes politisches Signal an die anderen EU-Partner einlassen. (Handelsblatt 15.10.2004)

Befürwortet wurde der Beginn von Beitrittsverhandlungen, wenn die dafür notwendigen Bedingungen erfüllt wären, von den Regierungen Großbritanniens, Italiens, Spaniens und Portugals, die sich dabei auch auf eine zumindest relative Mehrheit ihrer Öffentlichkeit stützen konnten. Auch der französische Staatspräsident Chirac sowie die Regierung Griechenlands traten dafür ein, wenn auch gegen den Widerstand einer klaren Mehrheit ihrer Bevölkerung. In der dänischen und niederländischen Regierung gab es eine Reihe von Skeptikern, doch zeigten sich die Hauptvertreter der niederländischen Präsidentschaft, Ministerpräsident Balkenende und Außenminister Bot, entschlossen, der Vorgabe des Europäischen Rats vom Dezember 2002 zu folgen und bei Vorliegen einer Empfehlung der Kommission auf einen entsprechenden Beschluss des Europäischen Rates hinzuarbeiten. Auch in der Kommission wurden konträre Auffassungen vertreten: Agrarkommissar Fritz Fischler und der für den Binnenmarkt zuständige Niederländer Frits Bolkestein äußerten sich offen gegen Beitrittsverhandlungen. (Financial Times 10.9.2004: 1; Bolkestein 2004) Demgegenüber vertrat Erweiterungskommissar Verheugen die Auffassung, daß die Kommission für ihre Empfehlung im wesentlichen die Fortschritte der Türkei bei der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen zu berücksichtigen habe, die vom Europäischen Rat schon 1999 zur Bedingung für den Beginn der Verhandlungen gemacht worden waren. (Verheugen 2004)

In einer letzten mehrtägigen "factfinding mission" vergewisserte sich Verheugen Ende September vor Ort vom Stand des erreichten Fortschritts. Dabei hörte er von seinen offiziellen Gesprächspartnern nur Gutes, doch machte gleichzeitig eine Erklärung des Türkischen Menschenrechtsvereins IHD die Runde, dass in der Türkei Folter immer noch zum Alltag im Polizeigewahrsam gehöre und in den letzten Monaten eher zu- als abgenommen habe. (Human Rights Watch 2004:2) In einer von großer Medienaufmerksamkeit und heftigen internen Debatten gekennzeichneten Sitzung verabschiedete die Europäische Kommission ihren Bericht und ihre Empfehlungen am 6. Oktober. Die Empfehlung der Kommission und der Fortschrittsbericht 2004 trafen in der EU und in der Türkei auf ein gemischtes Echo. In der EU fühlten sich die Skeptiker durch die zahlreichen einschränkenden

Überlegungen und Vorschläge der Kommission in ihrem Anliegen bestätigt. Sie verstärkten ihre Bemühungen, in der Entscheidung des Europäischen Rates den Beitrittsprozess von Anfang an offen zu halten, das heißt, auch ein anderes Ergebnis als die Mitgliedschaft vorzusehen, konnten sich damit aber im Europäischen Parlament nicht durchsetzen. (Europäisches Parlament 2004)

In der Türkei lösten der Bericht und die Empfehlung der Kommission eher Bestürzung als Erleichterung aus. In Politik und Öffentlichkeit überwog der Eindruck, der Türkei seien neue, nur schwer annehmbare Bedingungen gestellt worden, die sie gegenüber den früheren Kandidatenländern diskriminierten. Insbesondere der Hinweis darauf, dass Beitrittsverhandlungen nicht im Vorhinein ein positiver Ausgang garantiert werden könne sowie Überlegungen zu dauerhaften Einschränkungen der Freizügigkeit und zur vorübergehenden Suspendierung der Verhandlungen stießen auf heftigen Widerstand. (Turkish Daily News 26.10.2004)

Insbesondere zwei Entwicklungen in der EU gaben aus türkischer Sicht Anlass zur Sorge, der sicher geglaubte Beginn von Beitrittsverhandlungen könnte in letzter Minute noch scheitern oder aber mit für Ankara unannehmbaren Klauseln verknüpft werden: immer deutlicher werdende Differenzen zwischen den Äußerungen des französischen Staatspräsidenten und jenen deutscher Regierungsmitglieder sowie das Drängen der zyprischen Regierung auf Anerkennung durch die Türkei vor der Entscheidung des Europäischen Rates. Gleichzeitig geriet Erdoğan zu Hause unter den Druck der EU-skeptischen Opposition, die davor warnte, wichtige türkische Interessen auf dem Altar des EU-Beitritts zu opfern oder angesichts der zu erwartenden einschränkenden Klauseln im EU-Beschluss den Status eines Mitglieds zweiter Klasse zu akzeptieren. (Neue Zürcher Zeitung 13.12.2004: 4)

Die türkische Unsicherheit wurde vor allem durch das in Ankara als wankelmütig wahrgenommene Verhalten des französischen Präsidenten genährt. Unter dem Druck seiner Parteifreunde und der französischen Öffentlichkeit sah sich Chirac gezwungen, zum einen die Einführung einer Volksabstimmung über das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen mit Ankara zu betreiben und zum anderen offen über die Möglichkeit eines Scheiterns des Beitrittsprozesses zu sprechen. (Neue Zürcher Zeitung 2.10.2004: 3) Hinzu kam, dass eine von Chirac eigentlich als Entlastung des politischen Drucks angesetzte Türkei-Debatte der Nationalversammlung den öffentlichen Widerstand eher noch

bestärkte, (Journal Officiel de la République Française 2004: 7934-7971) und die französischen Vertreter in den Brüsseler Gremien stärker auf eine Verankerung der Möglichkeit eines alternativen Ergebnisses im Text als auf ein klares Bekenntnis zum Beitrittsprozess drängten. (Handelsblatt 29.11.2004: 3)

Da half es dann wenig, die türkische Aufgeregtheit zu dämpfen, dass Präsident Chirac in einem seiner seltenen Fernsehinterviews am 15. Dezember dem Konzept der privilegierten Partnerschaft eine klare Absage erteilte und einen türkischen Beitritt befürwortete, wenn das Land dereinst alle Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllt habe. Er rückte dabei den Zeithorizont in eine unbestimmte Zukunft von zehn oder mehr Jahren. (Présidence de la République Française 2004)

Auch die eindeutige Haltung der Bundesregierung für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen in der Debatte des Deutschen Bundestages am 16. Dezember ging in der türkischen Furcht vor einem ungenügenden Ausgang des Treffens in Brüssel unter. (Deutscher Bundestag 2004: 13791-13793)

Denn inzwischen hatte sich ein zweiter Komplex gebildet, der den Erfolg ernsthaft gefährden konnte: der Streit um die Anerkennung Zyperns durch die Türkei vor Beginn der Verhandlungen. Der griechisch-zyprische Präsident Papadopoulos erklärte, dass er auf dem Europäischen Rat dem Beginn der Verhandlungen nur zustimmen könne, wenn die Türkei vorher die Frage der Anerkennung geregelt habe und darüber hinaus verbindlich ihre Bereitschaft zum Abzug aller Truppen aus Nordzypern sowie zur Rückkehr aller anatolischen Siedler auf das Festland erklärt habe. Außerdem forderte er, dass die Türkei die Blockade Zyperns in internationalen Institutionen beende, wobei er auf die NATO und ihr Verhältnis zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) anspielte. (Christou 2004) Papadopoulos weigerte sich, vor dem Treffen des Europäischen Rates seine Haltung endgültig festzulegen, sondern verwies immer wieder auf die Möglichkeit eines griechisch-zyprischen Vetos, die er sich bis zuletzt offen halten wollte.

Die niederländische Präsidentschaft nahm diese Haltung insoweit auf, als sie bereits im ersten Entwurf für den Text der Schlussfolgerungen des Vorsitzes eine Formulierung einfügte, die die übereinstimmende Meinung aller Mitgliedstaaten zum Ausdruck brachte, dass der Gipfel den Beschluss der Türkei begrüße, ein Zusatzprotokoll zur Anpassung des Assoziationsabkommens von 1963 an den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zu unterzeichnen.

Für die türkische Regierung stellte dies vor dem Hintergrund der großen innenpolitischen Sensibilität des Themas und angesichts der Blockade jeden Fortschritts bei der Erleichterung der Lage Nordzyperns durch die griechisch-zyprische Regierung in den Gremien der EU eine kaum hinnehmbare Herausforderung dar. Ministerpräsident Erdoğan und Außenminister Gül wurden denn auch nicht müde zu betonen, dass die Zypernfrage nicht Teil der Kopenhagener Kriterien für die Beurteilung der Verhandlungsreife der Türkei im Sinne des Beschlusses vom Dezember 2002 sei und dass für Ankara sich die Frage der Anerkennung des griechischen Teilstaates auf Zypern nur im Rahmen einer Gesamtlösung stelle. (Neue Zürcher Zeitung 24.11.2004: 3)

Die Situation unmittelbar vor dem Europäischen Rat war also auf beiden Seiten durch eine erhebliche Anspannung gekennzeichnet. Denn nicht nur die türkische Regierung strebte nach einem möglichst "makellosen" Ergebnis, sondern auch ihre EU-Partner waren bestrebt, in ihrer Haltung der jeweiligen heimischen öffentlichen Debatte Rechnung zu tragen, die häufig von Skepsis und Ablehnung gekennzeichnet war. Dies machte den notwendigen Kompromiss unter den 25 nicht einfach.

Der Verlauf des Treffens spiegelte diese Spannung deutlich wider. Zwar konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU am Abend des 16. Dezember relativ rasch und problemlos auf den Schlusstext verständigen, mit dem der Türkei der Beginn von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 angeboten wurde. Allerdings enthielt der Text auch all jene Elemente, die aus der Empfehlung der Kommission vom 6. Oktober sowie aus den Entwürfen der niederländischen Präsidentschaft als für die türkische Seite schwer hinnehmbar bekannt waren: Betonung des offenen Charakters der Verhandlungen, Möglichkeit der Aussetzung bei schweren Verstößen der Türkei gegen Grundwerte der EU, striktes Monitoring der weiteren türkischen Reformen, "Benchmarking" für die Implementierung des gemeinschaftlichen Besitzstandes als Indikator für den Abschluß bzw. die Eröffnung von Verhandlungskapiteln, lange Übergangfristen in sensiblen Bereichen des Besitzstandes mit der Möglichkeit dauerhafter Schutzklauseln und die erwähnte Formel über die indirekte Anerkennung Zyperns.

Das Treffen geriet an den Rand des Scheiterns, als die Präsidentschaft von der türkischen Seite verlangte, die Paraphierung des Zusatzprotokolls zum Assoziationsvertrag noch vor Ort in Brüssel vorzunehmen. Dies

wurde von Erdoğan strikt zurückgewiesen und als die Niederländer insistierten, drohte die türkische Delegation mit Abreise. Durch gemeinsame Anstrengungen der britischen, deutschen und niederländischen Regierungschefs im Verein mit Kommissionspräsident Barroso wurde dies verhindert und in mühseligen Verhandlungen eine Formel in den Text eingefügt, worin die türkische Regierung bestätigte, "dass sie bereit ist, das Protokoll zur Anpassung des Abkommens von Ankara vor Beginn der eigentlichen Beitrittsverhandlungen und nach der Vereinbarung und Fertigstellung der angesichts der derzeitigen Zusammensetzung der Europäischen Union erforderlichen Anpassungen zu unterzeichnen."

In weiteren mühsamen, teils auch erregten Gesprächen gelang es anschließend, den zyprischen Präsidenten Papadopoulos zur Annahme dieses Textes zu bewegen, der seinen eigentlichen Zielen nicht gerecht wurde. So konnte Erdoğan behaupten, er habe die Anerkennung der Republik Zypern vermeiden können, während Papadopoulos das gesichtswahrende Argument vortrug, er habe die Verpflichtung der Türkei zur Anerkennung seines Staates erreicht. (Ludlow 2006: 26-37) Wie schon zu Beginn im Dezember 1999 in Helsinki erwies sich das ungelöste Zypernproblem erneut als äußerst gefährlicher Sprengsatz für eine konstruktive Gestaltung des Beitrittsprozesses. Der am 17. Dezember 2004 in Brüssel in letzter Minute erreichte Kompromiss erlaubte es zwar allen Beteiligten, anschließend das Treffen als Erfolg auszugeben, weil jeder irgend etwas von seinen Positionen hatte verwirklichen können, doch wollte angesichts der diplomatischen Mühen und der teilweise auch heftig aufeinander geprallten unterschiedlichen Positionen keine echte Freude über den Beschluss zum Beginn von Beitrittsverhandlungen aufkommen. Wieder einmal hatten sich die negative europäische öffentliche Meinung und das Zypernproblem als nicht zu überwindende Hindernisse für Fortschritte in der türkischen Annäherung an die EU erwiesen. Nach dem Europäischen Rat von Brüssel ging die Union nicht einiger als zuvor in die Beitrittsverhandlungen.

Krisenhafte Beitrittsverhandlungen mit ungewissem Ausgang

Das zeigte sich ganz deutlich, als es im Sommer 2005 darum ging, das formelle Verhandlungsmandat der EU-Mitglieder für die Kommission fest zu legen. Die Beitrittsgegner unter den EU-Regierungen versuchten,

das Ergebnis vom 17. Dezember 2004 dahingehend zu ändern, dass im Text des Verhandlungsrahmens explizit die Möglichkeit angesprochen werden sollte, auch ein anderes Ergebnis als den Beitritt anzusteuern. (Kramer 2005)

Erleichtert wurde ihnen dies durch die allgemeine politische Entwicklung in der Türkei und durch die Haltung der türkischen Regierung in der Frage der Akzeptierung Zyperns in der Zollunion EU-Türkei. In der Türkei kam es im Frühjahr 2005 als Reaktion auf erneut aufflammende Unruhen im Kurdengebiet, auf die in der türkischen Öffentlichkeit so wahrgenommene Weigerung der USA, türkische Interessen in ihrer Irakpolitik zu berücksichtigen und auf die zunehmend auch in der Türkei registrierte Zurückhaltung weiter Kreise in der EU gegen einen türkischen Beitritt, die durch pro-armenische Erklärungen anlässlich des 90. Jahrestages des Völkermordes von 1915 zusätzlich verschärft wurde, zu einer Welle nationalistischer Emotionen und Aktionen, die sich vor allem gegen Kurden, aber auch gegen nicht-muslimische Kreise und Personen richteten. Zeitweise versanken die türkischen Großstädte in einem Meer von Nationalflaggen. Die Regierung Erdoğan unternahm aus Gründen innenpolitischer Opportunität wenig, um dämpfend einzuwirken. In der EU-Öffentlichkeit verstärkten diese Ereignisse die Vorbehalte gegen eine als nicht europäisch empfundene Türkei. (Grigoriadis 2006)

Im Juli 2005 unterzeichnete die Regierung Erdoğan dann, wie in Brüssel im Dezember 2004 vereinbart, das Zusatzprotokoll zum Assoziationsvertrag, mit dem die Zollunion EU-Türkei auf alle am 1. Mai 2004 der EU neu beigetretenen Mitgliedstaaten ausgedehnt wurde. Sie verband dies aber mit einer Erklärung, dass dieser Akt keineswegs die Anerkennung der Republik Zypern beinhaltet. (Türkeş 2007: 175) Damit war auch impliziert, dass türkische Häfen und Flughäfen auch künftig für Schiffe und Flugzeuge aus der Republik Zypern geschlossen blieben. Dieser Schritt konnte von der EU so nicht hingenommen werden, bedeutete er doch die Diskriminierung eines Mitgliedstaates. Die daraufhin unter den Mitgliedern entfachte Debatte drehte sich zum einen um die Frage, ob ein anderes Ziel als der Beitritt ebenfalls im Verhandlungsrahmen genannt werden und wie auf die Zypern-Erklärung der türkischen Seite reagiert werden sollte. Im ersten Punkt setzten sich jene EU-Staaten durch, die am der Beschlusslage vom Dezember 2004 festhalten wollten. Der Verhandlungsrahmen vom 3. Oktober 2005 bestätigte noch einmal all jene Punkte, die bereits in der

Empfehlung der Kommission vom 17. Oktober 2004 aufgeführt und vom Europäischen Rat in Brüssel bestätigt worden waren. Er ging damit deutlich über die bisher für Beitrittsverhandlungen geltenden Regeln hinaus. (http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/turkey/st20002_05_tr_framedoc_en.pdf; Zugriff: 8.5.2007)

In der Zypernfrage einigten sich die Mitgliedstaaten am 21. September 2005 auf eine Gegen-Erklärung zum türkischen Dokument vom 29. Juli. Darin wird festgehalten, dass die EU nur die Republik Zypern, die der Union am 1. Mai 2004 beigetreten ist, als Völkerrechtssubjekt anerkennt und dass die Anerkennung aller Mitgliedstaaten [durch die Türkei; H.K.] ein notwendiger Bestandteil der Beitrittsverhandlungen ist. Die EU betonte deshalb die Bedeutung, die sie einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und allen Mitgliedstaaten, d.h. auch Zypern, beimisst. Zum Zusatzprotokoll forderte die EU, dass die Türkei das Protokoll vollständig auf alle Mitgliedstaaten anwendet. Das schließt die Beseitigung aller Hindernisse, inklusive hinsichtlich der Transportmittel, für den freien Warenverkehr ein. Die EU werde dies sorgfältig verfolgen und die vollständige Anwendung im Jahr 2006 bewerten. Eine Nichterfüllung seitens der Türkei würde den weiteren Verhandlungsfortgang beeinträchtigen. Die EU deutete an, dass damit die Eröffnung der Verhandlungen über die relevanten Kapitel infrage gestellt werden könnte. (Türkeş 2007:176)

Für die türkische Regierung war vor allem wichtig, dass im Verhandlungsrahmen ausschließlich der Beitritt als Ziel der Verhandlungen genannt wurde. Erst als diese Entscheidung der EU-Staaten im Laufe des 3. Oktober 2005 fest stand, machte sich Außenminister Gül auf den Weg nach Brüssel, wo dann in den späten Abendstunden die Beitrittsverhandlungen zum vorgesehenen Datum „feierlich“ eröffnet werden konnten. Diese verliefen zunächst unspektakulär technisch. Im sog. Screening-Verfahren prüften Fachleute der Kommission und der Türkei in den 35 Verhandlungskapiteln die Übereinstimmung der türkischen Verhältnisse mit dem Gemeinsamen Besitzstand der Union, um den konkreten Anpassungsbedarf zu ermitteln. Dramatik kam erst wieder in den Prozess, als es darum ging, zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen nach abgeschlossener Prüfung einzelner Kapitel konkrete Verhandlungen eröffnet werden sollten. Konnte zum Ende der österreichischen Präsidentschaft im Frühjahr 2006 das Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ noch relativ problemlos geöffnet und auch mangels konkreten Handlungsbedarfs sofort wieder vorläufig geschlossen werden, kam es im Herbst 2006

erneut zu heftigen Auseinandersetzungen sowohl unter den 25 als auch mit Ankara über den Fortgang der Verhandlungen, als sich herausstellte, dass die Türkei nicht willens war, ihrer Verpflichtung zur Umsetzung des Zusatzprotokolls nachzukommen. Ankara verknüpfte diese Frage vielmehr mit der Erfüllung der EU-Zusage vom April 2004, mit dem türkischen Nordteil Zyperns einen Direkthandel einzuführen, um die türkischen Zypriern nicht durch die wegen des seinerzeitigen griechisch-zyprischen Neins zum Annanplan andauernde Teilung der Insel in der wirtschaftlichen Entwicklung zu benachteiligen. Hiergegen erhob jedoch die Regierung der Republik Zypern unter Präsident Papadopoulos grundsätzliche Einwände, die eine Entscheidung der EU blockierten. (Kramer 2006)

Als auch die Bemühungen der finnischen EU-Präsidentschaft scheiterten, einen Kompromiss zwischen den widerstreitenden Positionen zu finden, beschloss der Rat der EU-Außenminister am 11. Dezember 2006 gemäß den Ankündigungen vom 21. September 2005 die Beitrittsverhandlungen für acht Kapitel auszusetzen, die direkt mit der Zollunion und dem Transportwesen zu tun haben. Der Europäische Rat vom 14./15. Dezember 2006 in Brüssel bestätigte diesen Beschluss trotz heftiger Proteste der türkischen Regierung. Außerdem wurde beschlossen, alle künftig noch eröffneten Kapitel nicht zu schließen, bis die Türkei ihren Verpflichtungen aus der Zollunion gegenüber dem EU-Mitglied Zypern nachgekommen ist. Hierauf soll die Europäische Kommission in ihren jährlichen Berichten zum Fortschritt des Beitrittsprozesses in den Jahren 2007 bis 2009 ein besonderes Augenmerk richten. (Rat der Europäischen Union 2006)

Mit dieser Entscheidung, die ein EU-interner Kompromiss zwischen den weitergehenden Forderungen der Beitrittskeptiker und eher symbolischen Konsequenzen der Beitrittsbefürworter war, wurde der seit dem Sommer 2006 vom finnischen Erweiterungskommissar Olli Rehn an die Wand gemalte „train crash“ in den Beziehungen zur Türkei zwar vermieden, doch blieb die wegen der Zypernfrage grundsätzliche verfahrenere Situation in den Beitrittsverhandlungen bestehen.

Das führte im Herbst 2006 in den EU-Ländern immer wieder zu einer großen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Türkei-Verhandlungen, die in der Regel die Front der Beitrittsgegner stärkte, da sich das Bild einer uneinsichtigen Türkei verdichtete, die so kaum Mitglied der EU werden könnte. Die der türkischen Hal-

tung zugrunde liegenden EU-Versäumnisse in Sachen Zypern wurden ebenso wenig wahrgenommen oder akzeptiert wie die wegen der im Jahr 2007 bevorstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen wachsenden innenpolitischen Handlungsrestriktionen für die Regierung Erdoğan.

Kein Ausweg aus der Sackgasse

Nach der krisenhaften Zuspitzung im Herbst 2006 kamen die Verhandlungen seit Anfang 2007 unter der deutschen Präsidentschaft wieder in ruhigeres Fahrwasser. Das war jedoch nur deshalb der Fall, weil alle Seiten darauf verzichteten, die unvermindert bestehenden politischen Konflikte ins Spiel zu bringen. Der „technische“ Prozess der Verhandlungen zwischen den Fachleuten der Kommission und der Türkei verlief weitgehend unspektakulär, so dass im April 2007 das Kapitel über „Unternehmens- und Industriepolitik“ eröffnet werden konnte. Weitere Kapitel, deren technische Vorbereitung abgeschlossen ist, könnten in den Folgemonaten eröffnet werden, wenn die politische Ruhe anhält. Doch gibt es auf Seiten der Beitrittskeptiker Bemühungen, den Prozess nicht zu rasch fortschreiten zu lassen, um den Eindruck zu vermeiden, die EU nehme die türkische Weigerungspolitik beim Anpassungsprotokoll widerstandslos hin.

Allerdings hat auch die Türkei das Tempo in den Verhandlungen und der begleitenden Politik deutlich verlangsamt. Es gibt sogar Indizien, dass auch in Kreisen der AKP-Regierung eine vorsichtige Absetzbewegung vom Ziel der EU-Mitgliedschaft einsetzt, wenngleich öffentlich der Fortgang des Prozesses nicht in Frage gestellt wird. Doch immer öfter sind Stimmen zu vernehmen, die betonen, dass der eigentliche Wert des Beitrittsprozesses für die Türkei in den dadurch bewirkten politischen und gesellschaftlichen Reformen liege, unabhängig davon, ob am Ende tatsächlich der Beitritt stehe.

Mit einer ähnlichen Rhetorik wurde von Außenminister Gül und dem EU-Chefunterhändler Staatsminister Babacan am 17. April 2007 auch das türkische Programm für die Anwendung des EU-Besitzstandes der Öffentlichkeit präsentiert. Beide Minister betonten, dass es sich dabei um ein nationales Reformprogramm handele, das in jedem Fall mit dem Zieldatum 2013 umgesetzt werde, unabhängig davon wie sich der konkrete Beitrittsprozess entwickle. So sei man in jedem Fall für einen Beitritt vorbereitet, wenn sich die

Verhandlungen bis dann in diese Richtung bewegen sollten.

Die Chancen dafür stehen nicht gut. Nach dem Sieg von Nicolas Sarkozy in den französischen Präsidentschaftswahlen vom 6. Mai 2007 ist ein erklärter Gegner des Beitritts an die Spitze der französischen Politik gerückt, der den Prozess eher bremsen wird. Die um die türkischen Präsidentschaftswahlen im April 2007 ausgebrochene Krise hat zu vorgezogenen Neuwahlen im Juli geführt. Die Begleitumstände haben deutlich gezeigt, dass in der Türkei der Kulturkampf um den richtigen Weg in die Zukunft zwischen kemalistischen Traditionalisten und modernisierenden konservativen Muslimen noch nicht entschieden ist. Es kann folglich immer wieder zu Rückschlägen im EU-orientierten Reformprozess kommen. Jedenfalls haben die Beitrittsgegner in der EU diese Ereignisse erneut benutzt, um auf die „Andersartigkeit“ der Türkei zu verweisen, die eine EU-Mitgliedschaft nicht gestatte.

Außerdem liegt der Stolperstein Zypern weiterhin im Weg einer türkischen EU-Annäherung. Ohne eine Regelung des Zypernproblems ist ein Beitritt höchst unwahrscheinlich. Die Aussichten für eine Regelung sind jedoch nicht günstig. Die Auseinandersetzungen um die Umsetzung des Zusatzprotokolls haben deutlich gemacht, dass beide Seiten wieder auf ihren unversöhnlichen Ausgangspositionen aus der Zeit vor dem Annanplan zurückgekehrt sind. Lediglich der Präsident der türkischen Zyperer, Mehmet Ali Talat, scheint noch einen ernsthaften Willen zur Überwindung der Teilung durch einen Kompromiss zwischen den beiden Gruppen auf der Insel zu haben. Doch seine Gefolgschaft in der türkisch-zyprischen Bevölkerung geht spürbar zurück. Die EU ist seit dem Beitritt der Republik Zypern zu einer neutralen Vermittlung nicht mehr in der Lage, kann sie doch nicht einmal ihre Zusagen an die türkisch-zyprische Seite vom April 2004 einhalten.

Unter der Oberfläche von relativ problemlos voranschreitenden „technischen“ Beitrittsverhandlungen haben sich die bekannten strukturellen politischen Gegensätze also eher verhärtet. Damit ist ein Ausweg aus der Sackgasse der europäischen Zurückweisung der Türkei und der ungelösten Zypernfrage ferner denn je. Zwar kann der Beitrittsprozess sich noch Jahre hinschleppen, wenn jede Seite den politischen showdown vermeidet, doch wird am Ende wahrscheinlich kein Erfolg stehen.

Literatur

- Amtblatt der Europäischen Gemeinschaften (2001): L 85 vom 24.3.2001, S. 15-23, Beschluss des Rates vom 8. März 2001 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik, Anhang (http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2001/l_085/l_08520010324de00130023.pdf; Zugriff: 6.5.2007).
- Arikan, Harun (2003), Turkey and the EU. An Akward Candidate for EU Membership, Aldershot: Ashgate Publ.
- Axt, Heinz-Jürgen (2000): Verbesserte Beziehungen zwischen Athen und Ankara nach Helsinki? Griechenlands aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik, Ebenhausen: SWP-AP 3117.
- Bayart, Jean-François (2004) : La Turquie, une candidate ordinaire, in : Politique internationale, (2004)105, S. 81-102.
- Birand, Mehmet Ali (2000): „Nobody understood a thing“, in: Turkish Daily News Electronic Edition, 6. Dezember 2000 (www.TurkishDailyNews.com; Zugriff 6.12.00).
- Bolkestein, Frits (2004): Die Vielvölkerunion. Rede anlässlich der Eröffnung des Akademischen Jahres der Universität von Leiden, 6.9.2004.
- Bourlanges, Jean-Louis (2004) : Ankara et l'union européenne: les raisons du "non", in : Politique internationale, (2004)105, S. 39-64.
- Bozkurt, M (1995), Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union, Frankfurt usw.: Peter Lang.
- Brewin, Chris (2000): The European Union and Cyprus, Huntingdon: The Eothen Press.
- Briefing (2000): „Who's talking to you?“, in: Briefing, No. 1322, 11. Dezember 2000, S. 12/13.
- Christou, Jean (2004): Cyprus invites Turkey to talk, in: Cyprus Mail, 13.11.2004 (<http://www.cyprus-mail.com/news/>; Zugriff: 14.11.2004)
- Deutscher Bundestag (2004): Plenarprotokoll 15/148, Stenografischer Bericht, 148. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 16. Dezember 2004, (<http://dip.bundestag.de/btp/15/15148.pdf>; Zugriff: 10.1.2005).
- Eralp, Atila (2000): “Turkey in the Enlargement Process: From Luxembourg to Helsinki”, in: Perceptions, 5(2000)2, S. 17-32.
- EU National Programme (2001): Turkey's National Programme for the Adoption of the Acquis, Introduction and Political Criteria (Unofficial translation), (<http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/adc/EUintroduction.htm>; Zugriff: 20.03.2001).
- Europäisches Parlament (2004): Bericht über den Regelmäßigen Bericht 2004 und die Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Plenarsitzungsdokument A6-0064/2004, 3.12.2004.
- Europäischer Rat (1993): Europäischer Rat Kopenhagen, 21./22. Juni 1993, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf; Zugriff 6.5.2007).
- Europäischer Rat (1999): Europäischer Rat (Helsinki), 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm; Zugriff: 6.5.2007).
- Financial Times (10.9.2004): "Fischler in attack on EU plans for Turkey".
- Gerhards, Jürgen (2005): Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden: VS Verlag.
- Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos, Hg. (2005): Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag.
- Giegerich, Thomas (2006): The EU Accession of Cyprus and the Fate of the Annan Plan, in: Giegerich, thomas, Hg., The EU Accession of Cyprus – Key to the Political and Legal Solution of an “Insoluble” Ethnic Conflict?, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 253-280.
- Goltz, Gabriel/Kramer, Heinz (2002): Politischer Erdbeben bei den Wahlen in der Türkei, Berlin, November 2002, SWP-Aktuell 48/2002.

- Grigoriadis, Ioannis N. (2006): Upsurge amidst Political Uncertainty. Nationalism in post-2004 Turkey, Berlin: SWP Research Paper RP 11/2006 (http://www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=3380; Zugriff: 8.5.2007).
- Gürbey, Gülistan (2004): Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 44(2004)1, S. 44-57.
- zu Guttenberg, Karl-Theodor (2004): Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine "Privilegierte Partnerschaft", München 2004 (Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Aktuelle Analysen, Nr. 33).
- Handelsblatt (15.10.2004): "Wien sagt entschieden 'Jein'".
- Handelsblatt (29.11.2004): "Deutschland lehnt neuen Vorstoß Frankreichs zum Türkei-Beitritt ab".
- Hannay, David (2005): Cyprus. The Search for a Solution, London/New York: I.B. Tauris.
- Hülse, Rainer (2003): Metaphern der EU-Erweiterung als Konstruktionen europäischer Identität, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Human Rights Watch (2004): "Eradicating Torture in Turkey's Police Stations: Analysis and Recommendations", September 2004 (http://www.hrw.org/backgroundunder/eca/turkey/2004/torture/eradicate_torture.pdf; Zugriff: 17.9.2004)
- Journal Officiel de la République Française (2004) : Assemblée Nationale, Session ordinaire de 2004-2005, 16^e séance, Compte rendu intégral, 2^e séance du jeudi 14 Octobre 2004.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Commission of the European Communities: Proposal for a Council Decision on the principles, priorities, intermediate objectives and conditions contained in the Accession Partnership with the Republic of Turkey, Annex „Turkey: 2000 Accession Partnership“, Brüssel, 8.11.2000 (Dokument ELARG/234/00).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004a): 2004 Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 6.10.2004, SEK(2004) 1201; (http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2004/rr_tr_2004_de.pdf; Zugriff: 6.5.2007).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004b), Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 6.10.2004, KOM(2004) 656 endg.; (http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0656de01.pdf; Zugriff: 6.5.2007).
- Kramer, Heinz (1988): Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kramer, Heinz (2000): A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States, Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Kramer, Heinz (2001): Das Nationale Programm der Türkei für die Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstandes. Ein Kommentar zum Politischen Teil, Berlin: SWP.
- Kramer, Heinz (2002a): Überraschung in der Türkei: Vorgezogene Neuwahlen, Berlin: SWP-Aktuell 28/02.
- Kramer, Heinz (2002b): Ein wichtiger Schritt in Richtung EU. Das türkische Parlament verabschiedet „historisches“ Reformpaket, Berlin: SWP-Aktuell 29/02.
- Kramer, Heinz (2004a): German Policy Toward Turkey Under the Red-Green Coalition Government (1998-2003), in: Foreign Policy Institute, Hg., Contemporary Issues in International Politics. Essays in Honour of Seyfi Taşhan, Ankara: FPI.
- Kramer, Heinz (2004b): Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, in: Südosteuropa-Mitteilungen 44(2004)1, S. 30-43.
- Kramer, Heinz (2004c): Die Türkei im Prozess der Europäisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2004, S. 9-17.
- Kramer, Heinz (2005): Türkei-Verhandlungen als Spielball der Interessen, Berlin: SWP-Aktuell 42/05.
- Kramer, Heinz (2006): EU-Beitrittsverhandlungen – nur teilweise aufgeschoben?, in: Südosteuropa 54(2006)4, S. 461-473.
- Kramer, Heinz / Krauß, Hanna-Lena (2004), Ein kluger Wegweiser. Der Türkei-Bericht der Europäischen Kommission, Berlin: SWP-Aktuell 50/04.

- Krieger, Eugen (2006), Die Europakandidatur der Türkei. Der Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft während der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei 1959-1963, Zürich: Chronos Verlag.
- Leggewie, Claus, Hg.(2004): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt/Main, 2004 (edition Suhrkamp, Bd. 2354).
- Le Monde (9.11.2002) : Pour ou contre l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne.
- Ludlow, Peter (2004) :The Making of the New Europe. The European Councils in Brussels and Copenhagen 2002, Brüssel: EuroComment.
- Ludlow, Peter (2005): Dealing with Turkey. The European Council of 16-17 December 2004, Brüssel : EuroComment, Briefing Note, Vol. 3, No. 7.
- Manisalı, Erol (2000): „The EU's Cyprus policy – softly, softly“, in: Turkish Daily News Electronic Edition, 30 November 2000 (Zugriff 30.11.00).
- Müftüler-Baç, Meltem (2000): “Through the Looking Glass: Turkey in Europe”, in: Turkish Studies, 1(2000)1, S. 21-35.
- Neue Zürcher Zeitung (2.10.2004):"Chirac über Türkei-Referendum".
- Neue Zürcher Zeitung (24.11.2004): "Diplomatisches Tauziehen um Zypern".
- Neue Zürcher Zeitung (13.12.2004): "Absage Ankaras an eine 'Sonderpartnerschaft' mit der EU".
- Öniş, Ziya (2000): „Luxembourg, Helsinki and Beyond: Towards an Interpretation of Recent EU-Turkish Relations“, in: Government and Opposition, 35(2000)4, S. 463-483.
- Özbudun, Ergun (2000): Contemporary Turkish Politics: Challenges to Democratic Consolidation, Boulder, CO: Lynne Rienner Publ.
- Park, W. (2000): „Turkey's European Union Candidacy: From Luxemburg to Helsinki – to Ankara?“, in: Mediterranean Politics, 5(2000)3, S. 31-53.
- Palley, Claire (2005): An International Relations Debacle. The UN Secretary-General's Mission of Good Offices in Cyprus 1999-2004, Oxford/Portland: Hart Publ.
- Présidence de la République Française (2004) : Entretien de M. Jaques Chirac, président de la République, avec M. Patrick Poivre d'Arvor, TF 1, 15.12.2004; (http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur_file=discours/2004/IT041215.html; Zugriff : 16.12.2004)
- Rat der Europäischen Union (2004), Tagung des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Dezember 2004), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Ziffern 17-23, Brüssel, den 17. Dezember 2004 (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf; Zugriff: 6.5.2007).
- Rat der Europäischen Union (2006): Europäischer Rat (Brüssel) 14./15. Dezember 2006, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Brüssel, 15.12.2006, Ziffer 10 (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/92219.pdf; Zugriff 20.12.2006)
- Representation of the European Commission to Turkey (2001): Press Release, Press statement on Turkey's National Programme for the Adoption of the Acquis, Brussels, 26 March 2001 (<http://www.deltur.cec.eu.int/english/e-s-iliskiler-20010326.html>; Zugriff 26.03.2001).
- Ruiz-Jiménez, Antonia/Torreblanca, José I. (2007): European Public Opinion and Turkey's Accession. Making Sense of Arguments For and Against, Brüssel: CEPS Working Paper 16/2007.
- Schmidt, Rudolf (2004): Die Türken, die Deutschen und Europa, Wiesbaden: VS Verlag.
- Seufert, Günter (2002): Neue pro-islamische Parteien in der Türkei, Berlin: SWP-Studie S 06/2002.
- Tepe, Sultan (2000), „Kemalism, Islamism, and the National Action Party“, in: Turkish Studies, 1(2000) 2, S. 59-72.
- Tocci, Nathalie (2004): EU Accession Dynamics and Conflict Resolution. Catalysing Peace or Consolidating Partition in Cyprus?, Aldershot: Ashgate.
- Türkeş, Mustafa (2007): Cycles of Transformation of the Cyprus Question, in: Nursin Ateşoğlu Güney, Hg. Contentious Issues of Security and the Future of Turkey, Aldershot: Ashgate, S. 159-176.
- Turkish Daily News (26.10.2004):"Gül complains to Dutch presidency, commission on EU recommendation".
- Uğur, Mehmet (1999): The European Union and Turkey: An Anchor/Credibility Dilemma, Aldershot: Ashgate Publ.

- Verheugen, Günter (2004): "Turkey and the EU towards December 2004", Brüssel, 17.6.2004, SPEECH/04/309, (<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/04/309&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>; Zugriff: 19.6.2004).
- Volmer, Ludger (2000): „Vor einer neuen Türkeipolitik? Die deutsche Außenpolitik vor einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei“, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 13(2000) 1, S. 95-102.
- Wagner, Norbert (2004): Die UMP und die Türkei, Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderberichte, 29.10.2004, (http://www.kas.de/publikationen/2004/5615_dokument.html).
- Wendt, Christina (2006): Wiedervereinigung oder Teilung? Warum des Zypern-Problem nicht gelöst wird, Würzburg: ERGON Verlag.
- Yurdusev, Nuri (2000): "Turkey and Europe: The Other in Identity Formation", in: Zeitschrift für Türkeistudien, 13(2000)1, S. 85-94.